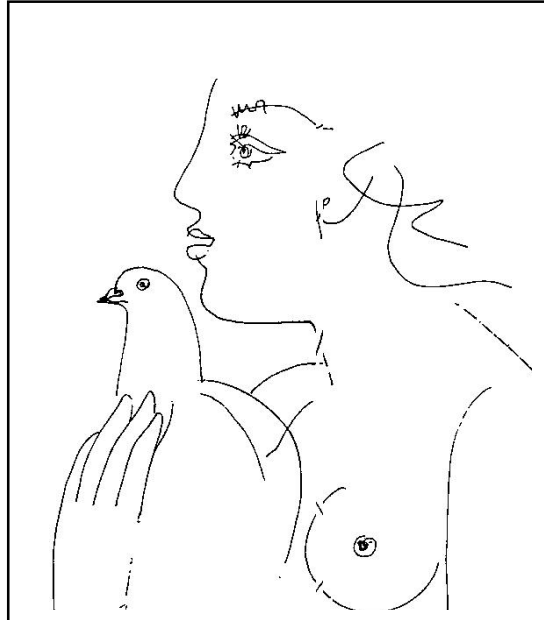


Nr. 161



Besonderheiten des „Kalten Krieges 2.0“ und Wege zu seiner Überwindung

von

Vladimir Kozin

internationale wissenschaftliche Konferenz „Jalta 1945: Vergangenheit,
Gegenwart, Zukunft“ (4. - 5. Februar 2015, Jalta, Republik Krim)

Zur imperialistischen Strategie gegen die sozi- alistische Staatengemeinschaft im Kalten Krieg

von

Klaus Eichner

in der Ukraine bis zu 400 verschiedene ukrainische NGO aktiv finanziert hat, die mit der Durchführung der Wahlen und mit der Verbreitung gesellschaftspolitischer Informationen zu tun hatten.

2. Hier handelt es sich um die **erreichte, qualitativ höhere Stufe der Massierung militärischen Potentials und militärischer Aktivitäten der NATO direkt an den Grenzen der Russischen Föderation** - nach offensichtlich niedrig angesetzten Angaben des Generalsekretärs der NATO, Jens Stoltenberg, beträgt diese Verstärkung mehr als das Fünffache. Allein die Aktivitäten der LSK von 15 Mitgliedstaaten der NATO im Rahmen der Operation „Baltische Luftpatrouillen“ stieg in den Baltischen Staaten auf das mehr als 1200 fache bei Zugrundelegung von Flugtagen und wenn man berücksichtigt, dass diese Operation ganztägig an 365 Tagen im Jahr durchgeführt wird. Russland muß einfach in Rechnung stellen, dass vier Flugzeugtypen, die bei dieser Operation im Einsatz sind, eine Doppelfunktion haben, das heißt, sie sind potentielle Träger taktischer Kernwaffen.

Zu den 150 Militärbasen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, die sich in unmittelbarer oder relativ geringer Entfernung von Russlands Grenzen befinden, sind weitere 8 Militärbasen sowie zwei Kommando-Führungszentren der NATO hinzugekommen (weiter 4 werden folgen). Schwere amerikanische Militärtechnik sowie Flugzeuge für die funktechnische Fernaufklärung werden disloziert. Die Zahl der Militärübungen und Manöver der führenden Länder der Allianz an den Grenzen des russischen Territoriums ist gestiegen: jede neue Übung beginnt am übernächsten Tag.

Zugenommen hat die Gesamtzahl der äußeren Bedrohungen und Gefahren gegen Russland: von 13 Bedrohungen in der Periode der Annahme der Militärdoktrin im Jahre 2010 auf 17, was seinen Niederschlag in der aktualisierten Militärdoktrin der Russischen Föderation gefunden hat, die am 26. Dezember vorigen Jahres bestätigt wurde.

Die größte militärstrategische Gefahr wird in den kommenden Jahren eintreten. Voraussichtlich in 5 bis 6 Jahren werden die Vereinigten Staaten mehr Anti-Raketen des globalen boden- und seegestützten Luftverteidigungssystems produzieren, als in Russland strategische Kernmittel entsprechend den Festlegungen des Pariser Abkommens über die Begrenzung von strategischen Kernmitteln - 3 - nach dessen restloser Realisierung im Jahre 2021 verbleiben. Gedeckt von einem gewaltigen „Raketenabwehrschirm“ können die USA den ersten Kernwaffenschlag auf einen beliebigen der sieben Staaten führen, die als Objekte eines „Initial“-Kernwaffenschlages in ihrem „Generalplan zur Führung eines allgemeinen Raketen-Kernwaffen-Krieges“ genannt sind. Die Schaffung dieses spezifischen amerikanischen „Schildes“ mit Hilfe einer Reihe anderer Mitgliedstaaten der NATO ist durch keinerlei völkerrechtliche Verpflichtungen beschränkt. Werden keine entsprechenden eindämmenden Maßnahmen ergriffen, dann kann die strategische Stabilität in der Welt grundlegend untergraben werden.

Die beschriebene Situation wird noch dadurch verschärft, dass entsprechend den Beschlüssen des Gipfels der transatlantischen Allianz, der in Mai 2012 in Chicago stattfand, eine derartige Raketenabwehr-Infrastruktur im strategisch-operativen Plan mit den Raketen-Kernwaffen und den herkömmlichen Mitteln der USA und

der NATO „verknüpft“ wurde. Die Formulierung über die Schaffung eines solchen Mechanismus erschien erneut im Abschlußdokument des kürzlichen Gipfels des Nordatlantikbündnisses, der im britischen Newport im September vergangenen Jahres stattfand.

3. Dieses Merkmal ist am unmittelbarsten mit dem zweiten verknüpft. **Das ist der völlige Stillstand bei der Lösung der Probleme der Rüstungskontrolle unter den Bedingungen, da zwischen Russland und den USA 15 ungelöste Probleme auf diesem Gebiet existieren.**

Insbesondere gibt es keinerlei Gespräche weder auf dem Gebiet der Raketen-Kernwaffen, zum Verbot von Anti-Satelliten-Systemen, zur Verringerung von überflüssiger herkömmlicher Bewaffnung, zur Begrenzung großräumiger militärischen Handlungen, noch in anderen Bereichen.

Es muss daran erinnert werden, dass in der Periode des „Kalten Krieges 1.0“ insgesamt sieben Vereinbarungen über die Begrenzung und Verringerung strategischer Angriffswaffen, zwei Konventionen über das Verbot von herkömmlichen Massenvernichtungswaffen, eine Vereinbarung zur Vernichtung von Raketen mittlerer und geringer Reichweite, einige internationale Verträge zur Nutzung des Weltraumes für friedliche Zwecke, über vertrauensbildende Maßnahmen bei militärischen Handlungen zu Lande und zu Wasser, ein mehrseitiges Abkommen über die Begrenzung herkömmlicher Bewaffnung in Europa abgeschlossen wurden.

4. Das vierte Unterscheidungsmerkmal der ersten Phase des „Kalten Krieges“ von der zweiten besteht darin, dass die westlichen Länder **begonnen haben, finanzökonomische Sanktionen gegen Russland in wesentlich größerem Maßstab anzuwenden**, als das früher der Fall war – sowohl dem Umfang nach, als auch nach einzelnen Richtungen mit sektorialem und sogar persönlichem Charakter.

Wenn solche Sanktionen in Bezug auf die Ukraine angewandt werden würden, dann wäre der unerklärte Krieg der gegenwärtigen Kiewer Führer gegen das Volk des Donbass längst beendet.

Andererseits wird keine beliebige Verstärkung der genannten Sanktionen gegen Russland jemals zu einem Verzicht seiner Bürger auf den gegenwärtigen Status der Krim, die „für immer in das heimatliche Haus zurückgekehrt ist“, führen. Die Krim war, ist und wird für immer russische Erde bleiben. Sie wird niemals wieder und niemandem mehr übergeben oder geschenkt werden. Wenn man das in Washington und in den Hauptstädten vieler europäischer Staaten noch nicht begriffen hat, dann ist das deren eigenes Problem.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und gratuliere allen Bürgern der Krim zur lang ersehnten Wiedervereinigung der Republik Krim mit seiner historischen, ökonomischen, kulturellen und geistigen Heimat. Ehre und Ruhm dem Mut und der Standhaftigkeit ihrer Bürger, die sich in so breitem und dynamischen Maße in jenen dramatischen Frühlingstagen des vergangenen Jahres bewiesen wurden.

5. Als fünftes Merkmal ist eine stärkere **militaristische und kriegerische antirussische Rhetorik** zu beobachten, häufig mit direkten Drohungen an die Adresse Russlands. Diesbezüglich werden allenthalben Termini verwandt, wie: „Aggres-

sion“, „Annexion“, „Verletzung des Völkerrechts“, Warnungen, dass Russland für seine Politik in der internationalen Arena „einen hohen Preis bezahlen“ wird. Barak Obama hat bereits dreimal öffentlich ein und dieselbe Erklärung abgegeben, dass Russland aufgrund seiner Handlungen einen Platz zwischen der Ebola-Seuche und dem pseudostaatlichen Gebilde „IS“ einnimmt. Die bekannte Äußerung von Ronald Reagan, die er am 11. August 1984 vor eingeschaltetem Mikrofon abgab, dass er die Sowjetunion „außerhalb des Gesetzes“ gestellt habe und den Befehl erteilt habe, ihre Bombardierung „in fünf Minuten“ zu beginnen, erscheint vor dem Hintergrund dieser Äußerungen Barak Obamas einfach als ein dummer Scherz.

Allerdings sind ähnliche Äußerungen des gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten an die Adresse Russlands kein Scherz. Das sind äußerst gefährliche Äußerungen, die weitreichende negative Auswirkungen haben. Es scheint, dass die Mentalität des „Kalten Krieges“ in der militärpolitischen Führung der USA und NATO nicht verschwunden ist. Im Gegenteil, sie hat sich in ihren Vorstellungen über die Entwicklung in der Welt und ihrer Rolle in ihr fest verankert.

Das Ergebnis: die gegenwärtige neue Phase des „Kalten Krieges“ kann sich als lang andauernd und gefährlicher erweisen, als der „Kalte Krieg“, der fast 70 Jahre währte. Er bringt neue Gefahren mit sich: die neue Phase des „Kalten Krieges“ führt zu einer weiteren Militarisierung der USA und des Nordatlantischen Bündnisses und zu einer Verstärkung ihrer Aggressivität.

Diese neue Phase bremst den Prozess der Verständigung zwischen den Führern der Großmächte, der außerordentlich notwendig ist, insbesondere in Krisenzeiten. Diese Phase wirkt sich negativ auf das Vorankommen bei einer ausbalancierten Rüstungskontrolle und auf die weltweiten Militärausgaben aus. Diese Phase rückt die Realisierung der Idee der Schaffung einer kernwaffenfreien Welt in weite Ferne.

Wie der Veteran der amerikanischen Diplomatie und Politologie, Henry Kissinger, vor kurzem bemerkte, gibt es den „neuen Kalten Krieg“ und er stellt eine Gefahr dar, deren Ignorierung sich in eine „Tragödie“ verwandeln kann.

Diese Tragödie besteht darin, **dass sich die neue Phase des „Kalten Krieges“ schrittweise in einen „heißen Krieg“ verwandeln kann.** Ihre kritische Masse dafür nimmt von Tag zu Tag zu. Sie verschwindet nicht und wird auch nicht geringer.

Ein Beispiel eines noch begrenzten „Heißen Krieges“ – der Völkermord der gegenwärtigen nicht verfassungsmäßigen Führer der Ukraine im Donbass. Ein derart erbarmungsloses Beispiel der Vernichtung seiner eigenen Bürger mit schweren Waffen, mit geächteter Kassetten- und Phosphorgranaten hat Europa seit langem nicht erlebt. Mehr als 5 Tausend Tote und mehr als 12 Tausend verwundete friedliche Bürger des Donbass (Stand vom 03. Febr. d. J.) und mehr als eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine in verschiedene Länder, aber vor allem nach Russland – das ist nicht nur ein direkter Vorwurf an Kiew, sondern auch an Washington, London, Berlin und Paris.

Bei voller moralischer und militärtechnischer Unterstützung der USA und ihrer Verbündeten in der NATO **ist Kiew nicht gewillt, den verbrecherischen und**

groß angelegten unerklärten Krieg gegen das Volk des Donbass zu beenden, der eindeutig als „Kriegsverbrechen“ zu bezeichnen ist, als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, als Politik des Genozids. **Das ist kein Bürgerkrieg. Die Widerstandskämpfer kämpfen nicht gegen die zivile Bevölkerung der Ukraine, sondern gegen die Armee der Ukraine, gegen verschiedenartige terroristische bewaffnete Gruppierungen, wie „Azov“, „Aidar“ und so weiter.** Wenn man den Terminus „Bürgerkrieg“ in diesem Kontext verwendet, dann bedeutet das, die Kiewer Kriegsverbrecher mit den Verteidigern von Novorossia – den aufopferungsvollen Kämpfern für die Freiheit – auf eine Stufe zu stellen.

Faktisch ist eben gerade die Ukraine der Aggressorstaat – der Aggressor gegen sein eigenes Volk. In Kiew und in vielen westlichen Hauptstädten versteht man zwei grundlegende Dinge nicht: 1) wenn sie ihre eigenen Bürger unbarmherzig erschlägt, dann erschlägt die Ukraine seine eigene geopolitische und ökonomische Zukunft: im Feuer eines unerklärten Krieges geht der aktivste und produktivste Teil der Landesbevölkerung unter; 2) mit Feuer und Schwert werden die ukrainischen Führer die Probleme des Donbass nicht zu ihren Gunsten lösen, die nicht gewillt ist, im Bestand eines derart inhumanen Staates zu leben, als der sich die Ukraine zeigt.

Mit einer solchen Politik **verletzt die Ukraine die UN-Charta, die Schlussakte von Helsinki, die Dokumente der OSCE und des Budapester Memorandums von 1994 gröblichst. Leider helfen ihr die NATO-Staaten und die EU dabei.** Nicht nur moralisch und ökonomisch, sondern auch durch die Lieferung tödlicher, todbringender Waffenarten.

Weder Präsident Barak Obama noch seine Minister haben auf die einfache Frage geantwortet: warum haben sie einen verfassungswidrigen Umsturz in Kiew im Februar vergangenen Jahres vollzogen, mit welchem Ziel haben sie todbringende Waffen an die ukrainischen Streitkräfte geliefert. Darauf antworten sie nicht. Zu dieser Zeit erhielten die Streitkräfte der Ukraine nicht nur automatische Gewehre und optische Zielgeräte, sondern auch Panzerabwehr- und tragbare Fla-Komplexe, Granatwerfer und die dazugehörige Munition.

Aber auch ohne eine Erklärung Washingtons ist die Antwort sehr, sehr einfach, warum es sich mit seinen Verbündeten auf militär-politischem Wege in die Angelegenheiten der Ukraine eingemischt hat.

Sie haben sich eingemischt, weil sie ihre **langfristigen strategischen Ziele eines großen Spektrums** verfolgen.

Bezüglich Russlands sind das geopolitische Ziele – sein militärpolitisches und finanzökonomisches Potential zu schwächen und es anschließend zu desintegrieren und auf diesem Wege so viel wie möglich prowestliche, antirussische Staaten an der Peripherie der russischen Grenzen zu schaffen. Bezüglich Russlands ist es auch der Wunsch der USA und der NATO selbst den „nicht eingefrorenen Konflikt“ in der Ukraine möglichst nahe an die russische Grenze zu bringen und einen ständigen aufflammenden Konflikt für die Begründung ihrer militärischen Aktivitäten an unserer Schwelle zu unterhalten und das auch als Mittel von Zusammenstößen der slawischen Zivilisation zu deren gegenseitigen Vernichtung.

Wie bemerkte vergangenes Jahr der amerikanische Politologe Steven Cohen: «The current crisis is the worse and potentially the most dangerous confrontation between

the USA and Russia since the end of the Carribbean crisis. This is a new «Cold War», and its epicenter is currently not in Berlin, but rather near the Russian borders».

(“Die aktuelle Krise ist die schlimmste und potentiell gefährlichste Konfrontation zwischen den USA und Russland seit dem Ende der Kuba-Krise. Das ist ein neuer „Kalter Krieg“ und sein Epizentrum ist gegenwärtig nicht Berlin sondern eher näher an den russischen Grenzen.“)

Bezüglich Russland ist das gleichzeitig **das strategische Ziel mit persönlicher Ausrichtung**: Zerstörung des Prestiges des Präsidenten Wladimir Putins (Minimalaufgabe) und Erreichung seines Sturzes (Maximalaufgabe), Austausch gegen einen liberaleren Führer, der die Entscheidungen des Westens ergeben entgegen nimmt. Im breiteren Kontext gesehen steht seit längerem die Aufgabe, innerhalb wissenschaftlich-intellektueller und produktiver Sphären eine Elite zu schaffen, die fest auf den Westen orientiert ist.

Bezüglich der NATO gibt es folgende perspektivische Zielstellung: Festigung der transatlantischen Beziehungen, Erhöhung der Militärausgaben der Allianz und ihres Kräftepotentials im globalen Maßstab in Form der Vereinten operativen Kräfte mit erhöhter Entfaltungsstufe.

Bezüglich Europa steht parallel eine andere strategische Aufgabe: Schwächung der Konkurrenzfähigkeit des europäischen Handels und der Wirtschaft gegenüber der amerikanischen, allerdings ohne deren tiefere Zerstörung. Insbesondere zwischen Russland und Deutschland geht es darum, eine für die USA „gefährliche“ Verbindung deutscher Technologien und deutschen Kapitals mit den riesigen russischen Naturreichtümern und Menschenressourcen nicht zuzulassen.

Diese Konferenz in Livadija findet am Vorabend der regelmäßigen Münchner Sicherheitskonferenz statt, die vom 6. bis 8. Februar stattfindet. Ihr Vorsitzender, der ehemalige hochrangige deutsche Diplomat, Wolfgang Ischinger, verbreitete einen speziellen „Münchner Vortrag zur Sicherheit 2015“.

Aber dieser Vortrag enthält keine Empfehlungen für die Festigung der europäischen Sicherheit. Auch während der Münchner Konferenz selbst werden, von geringen Ausnahmen abgesehen, keine Rezepte in dieser Richtung gegeben. Auf den 70 Seiten des Dokuments werden solche für die globale und europäische Sicherheit überaus wichtigen Themen ignoriert, wie: die fortschreitende Entfaltung des Raketenabwehrsystems der USA in Europa; der weitere Verbleib amerikanischer taktischer Atomwaffen auf dem europäischen Kontinent, die einer grundlegenden Modernisierung unterzogen werden; die von den USA vertretene Strategie der „Niederhaltung durch atomare Angriffshandlungen“ und der „Ausweitung der nuklearen Niederhaltung“, die die Führung des ersten Kernwaffenschlages auf eine große Staatengruppe vorsieht; die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines prinzipiell neuen Vertrages über die herkömmlichen Streitkräfte in Europa wurde völlig vergessen.

Resümee: die neue Phase des „Kalten Krieges“ kann sehr schnell in einen „heißen Krieg“ umschlagen. Die Initiatoren der qualitativ neuen Phase des „Kalten Krieges“ sind die USA und die führenden NATO-Länder, ungeachtet ihrer Behauptungen, überhaupt nicht daran beteiligt zu sein und dass ein solcher Krieg vor 25 Jahren zu Ende gegangen sei. Ihre Beteiligung daran ist offensichtlich. Die Spitzen eines sol-

chen Krieges sind nicht nur gegen Russland gerichtet. Das Verhängnisvolle der negativen Folgen dieses Krieges wird nicht nur auf die russisch-amerikanischen Beziehungen und die Beziehungen zwischen Russland und der NATO projiziert, sondern auf die globale Situation insgesamt.

Russland kann eine neue Phase des „Kalten Krieges“ und auch eines irgendwie garteten „heißen Krieges“ weder für sich noch für die gesamte übrige Welt zulassen.

Zur imperialistischen Strategie gegen die sozialistische Staatengemeinschaft im Kalten Krieg

von Klaus Eichner

I. Definition Kalter Krieg

Es gibt keine einheitliche, international gültige Definition des Phänomens Kalter Krieg.

Er ist im Prinzip eine spezifische Variante des politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und militärischen Klassenkampfes zwischen Sozialismus/Kommunismus und Kapitalismus/Imperialismus unter spezifischen historischen Bedingungen.

Im Kern ist der Kalte Krieg ein antagonistischer ideologischer Konflikt, der durch die Oktoberrevolution und die Gründung der UdSSR und später durch das sozialistische Lager eine staatlich organisierte Komponente auch auf der kommunistischen Seite erhielt.

Dieser Konflikt war zwischen 1939 und 1945 nur zeitweilig überdeckt durch die übergreifenden Interessen zur Vernichtung des Faschismus. Das fragile Bündnis zweier feindlicher Lager in der Anti-Hitler-Koalition zerbrach unmittelbar mit der Niederlage des Faschismus (Churchill: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet“).

Für die spezifische Art der Klassenauseinandersetzung zwischen dem staatlich organisierten Sozialismus und dem Kapitalismus immer unterhalb der Schwelle eines thermonuklearen Weltkrieges auf der Grundlage eines „Gleichgewichts des Schreckens“ hatte der amerikanische Journalist Walter Lippmann 1947 den Begriff „Kalter Krieg“ geprägt.

Heute findet er seine Fortsetzung im erbitterten Kampf der heute Herrschenden gegen alle Formen sozialistischen Denkens, der Entwicklung alternativer Positionen zum Imperialismus.

II. Zur Entstehung des Kalten Krieges

Nach einhelliger westlicher Auffassung waren die Wurzeln des Kalten Krieges die Teilung Deutschlands und Europas durch das Vordringen der Sowjetunion, das vorgeliebte <<Expansionsstreben des Sowjetsozialismus, sein Streben nach Weltherrschaft>>.

Beschwörend wird in diesem Zusammenhang auf die Wahlerfolge der Kommunisten unmittelbar nach Kriegsende in Westeuropa (von Churchill in Fulton als „kommu-

nistische fünfte Kolonne“ diffamiert), insgesamt auf das Erstarren der kommunistischen Weltbewegung, auch im Fernen Osten (China, Mandschurei), und der nationalen Befreiungsbewegungen verwiesen.

Parallel dazu wird der UdSSR die unmittelbare Vorbereitung eines Krieges gegen die westliche Welt vorgeworfen. Es wird der Öffentlichkeit das Phantom der Bedrohung durch eine riesige Armee voll gerüsteter konventioneller Streitkräfte mit ungeheuren Panzermassen, auf dem Sprung nach dem Westen, suggeriert – also eine moderne „Hunnen-Saga“.

Eine scheinbar faktenmäßige Unterstützung dieser Bedrohungslüge kam nicht zuletzt aus den Reihen ehemaliger Hitlergenerale – z.B. Adolf Heusinger, Hermann Foertsch, Hans Speidel – die nach 1945 als Analytiker in der Organisation Gehlen, dem späteren Bundesnachrichtendienst, untergetaucht waren. Sie produzierten entsprechende Horrorszenarien z.B. von 145 kampfbereiten Divisionen der Roten Armee, die auf dem Sprung standen, den Westen zu überrollen. Geheimdienstprodukte dieser Art wurden direkt an die Adenauer-Regierung und parallel an die Führungskreise der USA weitergeleitet.

Nun haben jedoch auch einige Ereignisse der Nachkriegszeit diese Phantombilder nicht unerheblich unterstützt. Das betrifft z.B. die Berlin-Blockade von 1948, die unabhängig von den wirklichen Ursachen ((bzw. unter deren bewusster Negierung) objektiv zu den fatalen Folgen einer fast totalen Ablehnung der Sowjetunion in der westlichen Öffentlichkeit und einer ungeheuren Aufwertung der Westalliierten („Helden der Luftbrücke“) führte.

Dazu kam der Ausbruch des Koreakrieges. Entgegen den historischen Tatsachen (selbst Stalin war durch die Nordkoreaner getäuscht worden) wurde dieser Krieg als Auftakt für die Eroberung der Weltherrschaft durch die Sowjetunion dargestellt und damit eine massive Diffamierung des Sozialismus und eine ungeheure Verunsicherung der westlichen Öffentlichkeit (Kriegshysterie) erreicht.

In der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird der Anteil der westlichen Seite meist völlig unterschlagen oder zumindest bagatellisiert.

Im Prinzip begann der Aufbau einer ständig wachsenden Drohkulisse gegen die UdSSR und die sich entwickelnden Volksdemokratien mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki – eine strategisch absolut unnötige Aktion mit einer riesigen Zahl von zivilen Opfern, aber eine Machtdemonstration der USA!

Ein frühes Grundsatzdokument des beginnenden Kalten Krieges war das als „Telegramm der 8000 Worte“ bekannte Schreiben vom 22. Februar 1946 von George Kennan aus Moskau mit einer umfassenden Darstellung seiner Sicht auf eine Bedrohung durch die Sowjetunion. Im Juli 1947 präziserte Kennan diese „Bedrohungsanalyse“ in einem Aufsatz in der einflussreichen Zeitschrift „Foreign Affairs“ unter dem Titel „Die Quellen des sowjetischen Handelns“ (The Sources of Soviet Conduct), gezeichnet mit „Mister X“.

Die Rede von Churchill in Fulton im März 1946 war ja nicht nur – und vielleicht am geringsten – eine Analyse der entstandenen Lage (Zitat: „ Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein Eiserner Vorhang über den Kontinent gezogen. Hinter jener Linie liegen alle Hauptstädte der alten Staaten Zentral- und Osteuropas, Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest und Sofia. Alle jene berühmten Städte liegen in der Sowjetsphäre, und alle sind sie in dieser o-

der jener Form nicht nur dem sowjetischen Einfluss ausgesetzt, sondern auch in ständig zunehmenden Maße der Moskauer Kontrolle unterworfen.“). Diese Rede war ein ideologisches Manifest des Kampfes gegen die Sowjetunion, die von ihm offen zum Hauptfeind des Westens erklärt wurde.

Bereits am 6. September 1946 erklärte der amerikanische Außenminister James F. Burnes in einer Rede in Stuttgart, dass sich seine Regierung nicht mehr an das Potsdamer Abkommen gebunden fühle; insbesondere stellte er die Linie an Oder und Neiße als künftige deutsche Ostgrenze in Frage.

Die geostrategische Grundkonzeption des Kalten Krieges der westlichen Seite entwickelte US-Präsident Truman in einer Rede vom 12. März 1947 vor dem US-Kongress – bekannt als die Truman-Doktrin. Aktueller Anlass waren die Entwicklungen in Griechenland (Rückzug der britischen Truppen) und in der Türkei. Truman beschwor die Bedrohung der „freien Welt“ durch den Kommunismus. Wenn Griechenland und die Türkei den Kommunisten in die Hände fallen würden, dann seien Westeuropa, Nordafrika, der Iran und der Nahe Osten bedroht, so Truman.

Er erklärte: „Ich bin der Ansicht, dass es die Politik der Vereinigten Staaten sein muss, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen.“

Die USA erklärten durch ihren Präsidenten der Sowjetunion ganz kategorisch: Bis hierher und nicht weiter! Das war die definitive Teilung Europas und der Welt in zwei Lager.

Die westliche Propaganda lastet diese Entscheidung der Sowjetunion an, deren führender Ideologe Shdanow diese Entwicklung in seiner Rede „Über die internationale Lage“ vor dem KomInform-Büro vom September 1947 nur noch beschrieben hat. (Teil II dieser Rede hat die Überschrift: „Die neue Gruppierung der politischen Kräfte nach dem Kriege und das Entstehen von zwei Lagern, des imperialistischen und antidemokratischen Lagers einerseits und des antiimperialistischen und demokratischen andererseits“)

Am 5. Juni 1947 folgte der Marshall-Plan, die ökonomische Charta des Kalten Krieges. Er sah eine europäische Wiederaufbauhilfe in Höhe von 17 Milliarden Dollar vor, die der Wiederaufrichtung und Stärkung des westeuropäischen Kapitalismus dienen sollte, auch als Abwehrfront gegen die erstarkte Arbeiterbewegung in diesen Ländern.

Die UdSSR und die Volksdemokratien lehnten wegen der diskriminierenden politischen Rahmenbedingungen und der Eingriffe in ihre Souveränität diese Form der „Hilfe“ ab und orientierten auf eine engere Zusammenarbeit im Ostblock (später: RGW).

III. Frühe Kriegsplanungen der USA

Noch deutlicher wird die Entstehung und Entwicklung des Kalten Krieges, wenn man sich die Ursprünge und die Zeitrahmen der Planungen für den Einsatz von Atomwaffen und die Entwicklung der Strategie des Erstschlages gegen die Sowjetunion ansieht.

Hier nur einige Beispiele:

Bereits am 19. September 1945 beschlossen die Vereinigten Stabschefs der USA (Joint Chiefs of Staff – JCS) das Memorandum JCS 1496/2 und empfahlen als Grundlage

für die Militärpolitik der USA eine Strategie des Erstschlags bzw. des Präventivkrieges.

Am 3. November und 3. Dezember 1945 verabschiedete das Vereinigte Aufklärungskomitee (Joint Intelligence Committee - JIC) die Beschlüsse Nr. 329 und 329/1 mit dem Titel „Atombombenziel Sowjetunion“. Darin schlägt das JIC zwanzig sowjetische Städte als Kernwaffenziele vor.

Mit der Beschlussfassung über den National Security Act 1947 erhielten die Vereinigten Stabschefs den Auftrag für die Planungsarbeiten über einen globalen Konflikt, wobei als Hauptkriegsschauplatz der europäische Kontinent angenommen wurde. Die USA gingen von der Annahme aus, dass die Sowjetunion mit ihren Verbündeten die Kapazitäten zur militärischen Inbesitznahme ganz Europas besaß.

Das Krisenszenario von 1947 sah etwa wie folgt aus:

Griechenland und die Türkei ersuchten die USA um Unterstützung zur Abwehr der kommunistischen Bedrohung. Vor dem Forum der Vereinten Nationen wurden Jugoslawien, Albanien und Bulgarien der offenen Unterstützung für die kommunistischen Untergrundeinheiten in Griechenland beschuldigt. In Ungarn übernahm ein sowjetfreundliches Regime durch einen Putsch die Macht. In Indonesien waren kommunistische Guerillakräfte gegen die holländische Kolonialmacht im Vormarsch. Die sowjet-marxistischen Parteien in Frankreich und Italien verstärkten ihre Agitationen und hatten Zulauf, und in der Meeresstraße von Korfu führte die albanische Miliz einen Minenkrieg gegen britische Kriegsschiffe.

Zwischen 1948 und 1949 entstand der Kriegsplan „DROPSHOT“ in mehreren Varianten. Er ging von einem Kriegsbeginn am 1. Januar 1957 aus und sah bereits die Einbeziehung der NATO-Partner und anderer Verbündeter in die Kriegshandlungen vor. Im Plan „DROPSHOT“ wurden als Ziele formuliert: „Im Zusammenwirken mit unseren Alliierten der UdSSR die eigenen Ziele aufzuzwingen, wozu ihr Wille und ihre Fähigkeit zum Widerstand durch strategische Offensive im westlichen Eurasien und strategische Verteidigung im Fernen Osten zu brechen sind.“ Für die erste Phase war der Abwurf von 300 Atombomben und von 250.000 Tonnen konventioneller Bomben auf politische, ökonomische und militärische Zentren in der Sowjetunion vorgesehen. Die sowjetische Industrie wäre damit zu rund 85 Prozent zerstört.

In der zweiten Phase des Krieges sollten die Luftangriffe auf Ziele in der UdSSR fortgesetzt, die Seeherrschaft gesichert und die Vorbereitungen für eine Offensive der NATO-Kontingente in Europa abgeschlossen werden.

In der dritten Phase war geplant, dass 144 NATO-Divisionen vom Westen her - mit entsprechender Luftunterstützung - und 50 Divisionen vom Süden, von der nordwestlichen Schwarzmeerküste, her die Streitkräfte der Sowjetunion und ihrer Verbündeten vernichten und zur Kapitulation zwingen, damit in der vierten Phase die Besetzung ihrer Territorien realisiert werden konnte. Als Okkupationstruppen für die Sowjetunion waren 23 Divisionen und vier Luftarmeen vorgesehen. Die UdSSR sollte in fünf Besatzungszonen aufgeteilt werden.

Wie in all diesen abenteuerlichen Planungen war auch hier breiter Raum für die psychologische Kriegsführung vorgesehen: „Groß angelegter psychologischer Krieg ist eine Hauptaufgabe der USA. Sein wichtigstes Ziel ist zu erreichen, dass die Völker der UdSSR und deren Satelliten das heutige Machtsystem nicht mehr unterstützen.“, wird in „DROPSHOT“ formuliert.

Damit diese Kriegsplanung aber auch wirklich einen neuen Weltkrieg auslösen würde, sah der Plan „DROPSHOT“ vor, nach der Kapitulation der Sowjetunion eine machtvolle Offensive im Fernen Osten und in Südostasien zu starten, um die globalen Kriegsziele der USA vollständig zu erreichen.

Es liegt eine lange Liste der konkreten Kriegsplanungen der USA in den nachfolgenden Jahren vor (vgl. Anlage I), die alle den Ersteinsatz von Kernwaffen als festen Planungsbestandteil vorgesehen hatten.

Als Weiterentwicklung des Planes „Dropshot“ galt seit April 1961 für die USA-Planung der „Single Integrated Operation Plan -62“ (SIOP-62) als verbindliche Grundlage der strategischen Planung. Im SIOP-62 waren 1777 Ziele in allen Ländern des sowjetisch-chinesischen Blocks aufgelistet, die Mehrzahl in der Sowjetunion. „Innerhalb von 28 Stunden wären diese Länder von 2258 Flugzeugen und Raketen mit insgesamt 3423 Atom- und Wasserstoffbomben angegriffen worden. Man ging davon aus, dass 54 % der sowjetischen Bevölkerung und 16 % der chinesischen Bevölkerung getötet worden wären, bei 16 Millionen Toten in den USA.“

Dabei ist zu beachten, dass das strategische Verhältnis USA-Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt eine Relation von etwa 17:1 auswies. Die USA hatten also eine 17-fache Überlegenheit über die Sowjetunion.

IV. Subversive Angriffe der Geheimdienste und konterrevolutionärer Organisationen gegen die sozialistischen Staaten

Bereits im Frühjahr/Sommer 1948 erhielt das Office of Special Operations der erst 1947 gegründeten CIA den Auftrag zur umfassenden Spionage gegen die UdSSR, "...zur Beschaffung geheimer Informationen über die Sowjetunion selbst, ihre militärischen Ziele und Planungen, die Kernwaffen, Raketenentwicklung, über sowjetische Aktionen in Osteuropa, Nordkorea, Nordvietnam; über Moskaus Verbindungen zu ausländischen kommunistischen Parteien und Organisationen der nationalen Befreiungsbewegungen." Diese Infiltrations-Operationen erhielten die Deckbezeichnung RED SOX („Rote Socken“).

Die frühzeitigen und sehr konkreten Planungen der USA-Administration für subversive und geheimdienstliche Aktionen gegen den Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition, die Sowjetunion, und gegen die von ihr befreiten Staaten Osteuropas sind aus der Übersicht in Anlage II auszugsweise erkennbar:

Einige der grundlegenden Direktiven des 1947 gebildeten Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council - NSC) sind es wert, ein wenig näher beleuchtet zu werden, um ihre Funktion als Instrumente subversiver Politik in der Frühphase des Kalten Krieges zu erfassen.

Die NSC-Direktive 10/2 vom 18. Juni 1948 forderte, „geheime paramilitärische Operationen sowie eine politische und ökonomische Kriegführung“ zu realisieren. Sie ist ein umfassendes Programm geheimer „Propaganda, des Wirtschaftskrieges, vorbeugender direkter Aktionen wie Sabotage, Sabotage-Abwehr, Zerstörungen und Organisation von Fluchtbewegungen“;

sie forderte „subversive Maßnahmen gegen feindliche Staaten, darin enthalten Hilfe für Widerstandsgruppen im Untergrund, für Guerillas und für Gefangenen - Befreiungskommandos sowie Unterstützung für alle antikommunistischen Kräfte innerhalb gefährdeter Länder der freien Welt.“

Damit war die NSC-Direktive 10/2 eine geheime Kriegserklärung gegen die Sowjetunion, ihre Verbündeten und letzten Endes gegen alle linken und sonstigen Kräfte, die sich nicht dem Willen der USA beugen wollten.

Die NSC-Direktive 10/2 galt im Wortlaut bis 1954 und wurde dann modifiziert und als NSC-Direktive 5411/2 in Kraft gesetzt:

Die überarbeitete Direktive sah für Gebiete, die vom „internationalen Kommunismus dominiert und bedroht sind“, vor, „Widerstand im Untergrund zu entwickeln und verdeckte sowie Guerilla-Operationen zu erleichtern; die Verfügbarkeit dieser Kräfte im Kriegsfall sicherzustellen; ...“

Zu dieser modifizierten Direktive schreibt der Biograf von Präsident Eisenhower:

„Der Präsident war entschlossen, die Kommunisten so zu bekämpfen, wie er die Nazis bekämpft hatte, an jeder Front und mit jeder verfügbaren Waffe.“

Eine der grundlegenden und nachhaltig wirkenden Entscheidungen des Nationalen Sicherheitsrates war die Direktive NSC 20/1 vom 18. August 1948 mit dem Titel: „Ziele der USA in Bezug auf Russland“.

Sie definiert als grundlegende Ziele u.a.:

„Die Macht und den Einfluss Moskaus so einzudämmen, dass sie nicht länger eine Bedrohung des Friedens und der Stabilität der internationalen Gemeinschaft darstellen.“

In ihrer Weiterentwicklung per 23. November 1948 als NSC-Direktive 20/4 wird formuliert:

„Die schwerste Bedrohung der Sicherheit der Vereinigten Staaten ergibt sich für die absehbare Zukunft aus den feindseligen Absichten und der ungeheuren Macht der UdSSR sowie aus dem Wesen des Sowjetsystems.“

Weiter heißt es in der NSCD 20/4 unmissverständlich:

„Unser Endziel muss natürlich das Entstehen nicht-totalitärer Regierungen in Osteuropa sein, die gewillt sind, sich der Gemeinschaft der freien Welt anzupassen und an ihr mitzuwirken. Gewichtige taktische Überlegungen sprechen jedoch dagegen, sich dieses Ziel als unmittelbar realisierbar zu setzen. [...] Das gegenwärtig geeignetere Verfahren ist demnach, einen häretischen Ablösungsprozess in den Satellitenstaaten zu begünstigen. So gering sie auch jetzt erscheinen mögen, Gründe für ketzerische Abspaltungen existieren bereits. Wir können zur Vertiefung dieser Risse beitragen, ohne Verantwortung auf uns zu nehmen. Und wenn sich die endgültigen Ablösungsprozesse durchsetzen, wären wir nicht direkt in diesen Angriff auf das sowjetische Prestige verwickelt; der Streit würde zwischen dem Kreml und der kommunistischen Reformbewegung ausgetragen.“

Die Direktive 20/4 forderte eine ideologische Offensive an allen Fronten, nicht nur an der offenen, sondern auch an der geheimen Front.

Besonders „sollten wir die Unterstützung und den Schutz entsprechend unseren Möglichkeiten verstärken für alle Führer und Gruppen in diesen Ländern, die westorientiert sind.“

Am 14. April 1950 bestätigt der US-Präsident die NSC-Direktive Nr.68; sie wird die militärische Charta des Kalten Krieges. Mit dieser Direktive wird der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Strategie des direkten militärischen Konfliktes und der Strategie des Kalten Krieges festgeschrieben.

In ihr heißt es:

„Die Rolle der Sowjetunion als Hauptkraft in Eurasien ist für die USA strategisch und politisch absolut nicht hinnehmbar. [...] Im Gegensatz zu anderen Mächten, die vor ihr nach Hegemonie strebten, ist die Sowjetunion von einem neuen fanatischen Glauben beseelt, der im Widerspruch zu unserem eigenen steht. Sie versucht, dem Rest der Welt ihre absolute Herrschaft aufzuzwingen. Daher kommt es dauernd zu Konflikten [...]

Was die Politik der Eindämmung betrifft, so ist sie mit allen Mitteln bis hin zum Krieg bestrebt, erstens: eine weitere Expansion der sowjetischen Macht zu blockieren; zweitens: die wahren sowjetischen Absichten aufzudecken; drittens: eine Zurücknahme der Kontrolle und des Einflusses des Kreml herbeizuführen; und viertens: ganz allgemein die Saat der Zerstörung innerhalb des sowjetischen Systems zu fördern, dass der Kreml schließlich dahin gebracht wird, sein Verhalten so zu ändern, dass es mit den allgemein akzeptierten internationalen Maßstäben übereinstimmt.“

Und weiter:

„Im Zeichen moderner Waffensysteme gewinnen die militärischen Vorteile eines Erstschlages zunehmend an Bedeutung; und dieser Umstand heißt für uns, so weit in Alarmbereitschaft zu sein, dass wir mit unserer ganzen Macht zuschlagen können, sobald wir angegriffen werden, und falls möglich, bevor der sowjetische Schlag tatsächlich ausgeführt ist.“

Außerdem wird gefordert: Zu verstärken sind „...rechtzeitige Maßnahmen und Operationen mit geheimen Mitteln auf dem Gebiet der ökonomischen, politischen und psychologischen Kriegsführung mit dem Ziel, in ausgewählten, strategisch wichtigen Satellitenländern Unruhen und Revolten auszulösen und zu unterstützen.“

NSC-Direktiven wurden auch ganz speziell zur Perfektionierung der Spionagetätigkeit der US-Geheimdienste erlassen. 1954 war Präsident Eisenhower äußerst unzufrieden mit den Ergebnissen der Auslandsspionage über die Sowjetunion. Er beauftragte den Leiter des Massachusetts Institute of Technology (MIT), James Killian, mit der Leitung einer streng geheimen Kommission, die die Aufgabe erhielt, „mehr substantielle Informationen über die Absichten und Möglichkeiten des Feindes zu gewinnen.“ Die Kommission erhielt den Namen „Sachverständigenrat für den Überraschungsangriff“ (Surprise Attack Panel). Im Auftrag der Kommission unterbreitete Generalleutnant James Doolittle dem Präsidenten folgende Lageeinschätzung:

„Die Beschaffung und korrekte Einschätzung exakter und zuverlässiger Informationen über die Fähigkeiten und Absichten der Sowjetunion sind heute ein militärisches und politisches Erfordernis ersten Ranges. ... Wir haben es mit einem unerbittlichen Feind zu tun ...In einem solchen Spiel gibt es keine Regeln. Bisher akzeptierte Normen der Menschlichkeit greifen in diesem Fall nicht. Sollen die Vereinigten Staaten überleben, so muss die traditionelle amerikanische Haltung des ‚Fair Play‘ überdacht werden. Wir müssen effektive Spionage- und Spionageabwehrdienste entwickeln und lernen, unseren Feind durch intelligenteren, raffinierteren und effektiveren Methoden zu unterwandern, zu sabotieren und zu schädigen, als er sie gegen uns einsetzt.“

Doolittle zog die Schlussfolgerung, dass alle wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten zur Gewinnung von Informationen ausgeschöpft werden müssen, da der Eiserne Vorhang die althergebrachten Methoden der Spionage zu teuer und zu gefährlich mache. Diese und weitere Aufgabenstellung wurden in der NSC-Direktive 5412 zusammengefasst.

Es muss wohl nicht ausführlich kommentiert werden, welche Geisteshaltung hinter einer solchen Aufgabenstellung steht, die davon ausgeht, dass alle bislang akzeptierten Normen der Menschlichkeit in diesem Falle beiseitegeschoben werden dürfen und müssen, nur um den potentiellen Feind maximal zu schädigen. So arbeiten und denken Geheimdienste in einer „Demokratie“, die für sich in Anspruch nehmen, ausnahmslos die „guten Geheimdienste“ zu sein!

Unabhängig davon, wie in der Publizistik und Geschichtsschreibung die subversiven Aktionen des USA-Imperialismus bezeichnet werden – ob als Politik des containment (der Eindämmung) oder des roll back (Zurückrollen) – die Zielstellungen waren immer so definiert, dass maximale Bedingungen für eine Politik der „Befreiung“ (Liberation Policy), also der Zerschlagung des sozialistischen Systems geschaffen werden sollten.

Spätestens in den 80er Jahren war diese „Befreiungspolitik“ zunehmend von Erfolg gekrönt.

Die „Grand Strategy“ der Bush-Administration

Für die „Falken“ der Anfang 1989 an die Macht gekommenen Regierung unter Präsident George H. W. Bush sen. und ihre strategischen Planer waren die massiven Attacken der Reagan-Administration, ihre verbalen Kriegserklärungen gegen das „Reich des Bösen“ zu sanft, nicht zwingend genug. Nach ihrer Auffassung dienten alle diplomatischen und Abrüstungsverhandlungen letzten Endes der Erhaltung des Status quo. Sie forderten eine neue, aggressivere Strategie, die dann unter der Bezeichnung „Grand Strategy“ formuliert und umgesetzt wurde.

Die wesentlichen Elemente der neuen (aber doch wohl alten) Strategie der USA waren zusammengefasst:

Erstens:

Es sollte eine neue Psychologie der Ost-West-Beziehungen durchgesetzt werden. Diese sollten aggressiver und stärker erfolgsorientiert gestaltet werden und keine Handlungen zur Erhaltung des Status quo beinhalten, sondern ein ständiges Entgegenkommen der Sowjetführung nach den Interessen und dem Diktat der USA erzwingen, letzten Endes bis zur Aufgabe der eigenen Gesellschaftsordnung.

Zweitens:

Die Partner der westlichen Allianz mussten diszipliniert und auf eine einheitliche Linie der transatlantischen Partnerschaft nach den Vorstellungen der USA eingeschworen (der Stabschef des Weißen Hauses formulierte: in Reih und Glied peitschen ...) werden.

Drittens:

Unter Führung der USA galt es, die Anstrengungen auf die politische Liberalisierung Ostmitteleuropas in den Mittelpunkt zu stellen mit dem Ziel, die Unabhängigkeit dieser Staaten von der Führung durch die Sowjetunion zu erreichen. Die „Satelliten“ der UdSSR galten als der „weiche Unterleib des Sowjetimperiums“.

Nach den ursprünglichen strategischen Vorstellungen stand am Ende dieser politischen Liberalisierung die Herstellung der staatlichen Einheit, die „Wiedervereinigung“ Deutschlands. Jedoch erwies sich die Dynamik der politischen Ereignisse, insbesondere durch die unplanmäßige spontane Öffnung der Grenzen (Pressekonferenz

des Politbüromitgliedes Schabowski am Abend des 09. November 1989), als eine Schwungmasse, die den Zerfall des sozialistischen Lagers massiv beschleunigte.

Viertens:

Die neue sowjetische Führung musste weit über das von ihr vorgegebene „neue Denken“ hinaus mit Forderungen konfrontiert werden, die an den Ursachen statt an den Folgen des Ost-West-Konfliktes ansetzen sollten. Ein Angriffspunkt war dabei Gorbatschows Forderung von einem „gemeinsamen europäischen Haus“. Diese Vision war auf die Stabilisierung des Status quo ausgerichtet und verbot damit auch eine Politik der Einmischung von außen. Die USA wischten mit der zentralen Forderung nach Beendigung des Kalten Krieges durch eine „Befreiung“ der osteuropäischen Staaten Gorbatschows Europapolitik von der Tagesordnung.

Einer der führenden Strategen der US-Administration erklärte: „Das Endziel schließlich war die Beendigung des Kalten Krieges und die Überwindung der Teilung Europas durch eine friedliche, demokratische Umgestaltung seiner östlichen Hälfte.“

Das einzige, was wir an diesem Zitat ernst nehmen können, ist der Begriff „friedliche Umgestaltung“. Es war dies in erster Linie der noch vorhandenen realen militärischen Macht der Sowjetunion und der Warschauer Vertragsstaaten zu verdanken.

Die innere Entwicklung in den europäischen sozialistischen Staaten führte auch dazu, dass die bewaffneten Kräfte und ihre Führungen nicht bereit waren, die Waffen gegen die demonstrierenden Menschen zu richten. Sie akzeptierten und unterstützten die Forderungen nach einem anderen, besseren Sozialismus, nach einer „friedlichen Revolution“ in ihren Ländern. Die wenigsten sahen die Konsequenzen dieser Entwicklung, die in einem Zusammenspiel innerer und äußerer Kräfte letzten Endes zur Restauration des Kapitalismus, also zur Konterrevolution, führten.

In der Tat war diese Entwicklung das Ende des Kalten Krieges, aber in einem anderen Sinne. De facto bedeutete es einen Wiedereinstieg in die Phase der heißen Kriege. Die toten Zivilisten des Balkans, Afghanistans, des Irak und weiterer Zielländer imperialistischer „Menschenrechts-Interventionen“ bezeugen dies in nicht zu widerlegender Weise.

Die sozialen Folgen dieser „Umgestaltung“ für die Völker des sogenannten Ostblocks (einschließlich der früheren DDR) sprechen für sich.

Das alles gehört zu den Fragen über die Ursachen des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Europa. Es sollte aber niemand so lebensfremd sein, diese subversiven Aktionen als die alleinigen, nicht einmal als die bedeutenderen Ursachen des Scheiterns des Sozialismus in Europa ansehen. Die Zuspitzung der Widersprüche im Inneren der Sowjetunion und der anderen RGW-Staaten öffneten die Einfallstore für die westliche „Grand Strategy“. Die Verschärfung der inneren Widersprüche wurde sowohl durch das halsstarrige Festhalten der alten Parteibürokraten an alten und falschen Methoden begünstigt, aber ebenso durch die inkonsequenten Vorstellungen der „Reformer“, die meist nur mit pragmatischen Ansätzen ohne eine durchdachte Strategie und Bewertung der Folgen in der Innen- und Außenpolitik agierten. Das öffnete zudem auch jenen Kräften in der Führung dieser Länder den Weg, die sehr schnell ihre Entwicklungschancen in der bedingungslosen Durchsetzung der westlichen Interessen sahen.

Die Führungsmannschaft der UdSSR/KPdSU (vor allem das Triumvirat Gorbatschow/Schewardnadse/Jakowlew) diente als Türöffner für diese Strategie. Es sei nur erinnert an den Ausverkauf der DDR, das Zurückweichen bezüglich der NATO-

Mitgliedschaft Deutschlands und des Abzugs aller fremden Truppen vom Territorium Deutschlands – heute lagern weiterhin 480 Kernsprengköpfe auf deutschem Territorium.

Das Fazit ist: Mit dieser „Grand Strategy“ hatten die Falken der Bush-Administration die Politik des Roll-back wohl zum ersten Male in des Wortes ernstester Bedeutung aufgefasst, die dazu gehörigen strategischen Schachzüge entwickelt und die richtigen Leute an die richtigen Stellen platziert.

Heute stehen NATO und Europäische Union an den westlichen Grenzen Russlands, das wirtschaftlich von drei Dutzend Milliardären beherrscht wird, die den freigesetzten Turbo-Kapitalismus mit vollen Zügen genießen. Diese 36 Milliardäre haben ein Vermögen von 140 Milliarden Dollar zusammengerafft, das etwa einem Viertel des russischen Bruttoinlandsproduktes (bezogen auf die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts) entspricht. Andererseits sind immer größere Teile der Völker der osteuropäischen Staaten und Russlands der Armut, dem Hunger, dem sozialen Untergang preisgegeben. Ein schlimmer Preis für eine schlimme Politik!

Einige Gedanken zum „Ende des Kalten Krieges“

Wenn wir den Denkansatz über den Kalten Krieg als spezifische, historisch konkrete Etappe des grundlegenden ideologischen Konfliktes zwischen Sozialismus und Kapitalismus akzeptieren, dann bedeutet das Ende des Kalten Krieges niemals ein Ende des ideologischen Klassenkampfes. Wir alle spüren das in unseren Ländern in sehr konkreter Form.

Es ging nur die besondere Austragungsform zwischen dem staatlich organisierten Sozialismus mit einer starken Militärmacht und starkem politischen Einfluss auf das internationale Geschehen und dem kapitalistischen Westen zu Ende. Aber das auch nur – trotz unserer herben Niederlage sollten wir das hervorheben – auch nur im europäischen Raum. Aber damit ging auch eine über 40jährige Friedensperiode in Europa zu Ende. Dazu ein Stratege aus der Kernmannschaft von Präsident Bush sen.: „Das Ende des Kalten Krieges schien also gleichermaßen das Ende jenes „langen Friedens“ zu bedeuten, in dem das nukleare Abschreckungspotential auch konventionellen Krieg verhindert hatte.“

Anlage I:

Pläne der USA für einen Kernwaffenkrieg gegen die Sowjetunion (Auswahl)¹

| | | |
|--------------------|-----------------------------------|--|
| 19. September 1945 | Memorandum JCS 1496/2 | Als Grundlage für die Militärpolitik der USA empfehlen die Vereinigten Stabschefs (Joint Chiefs of Staff - JCS) eine Politik des Erstschlags bzw. des Präventivkrieges |
| 9. Oktober 1945 | Memorandum JCS 1518 und Direktive | „Zukünftige Aktionspläne der Amerikanischen Streitkräfte“ |

¹ auszugsweise entnommen aus: Charisius/Lambrecht/Dorst: „Weltgendarm USA; Militärverlag der DDR, 1983, S. 70; vgl. auch: Dropshot. The United States Plan for War with the Soviet Union in 1957; herausg. v. Anthony C. Brown, New York 1978; zitiert in N.N. Jakovlec, CIA contra UdSSR, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1985; ebenso Jürgen Bruhn: Der Kalte Krieg oder: Die Totrüstung der Sowjetunion, Focus, Gießen, 1995

| | | |
|-----------------------|------------------|--|
| | | tig für die Sicherheit der USA - diese Aufgabe kann nicht durch eine defensive Politik verfolgt werden.“ |
| 18. Juni 1948 | Nr.10/2 bis 10/5 | Programme weltweiter geheimer verdeckter Aktionen |
| 1954 | Nr.5411/2 | Modifikation der Direktive 10/2 |
| 1948 | Nr. 20 | Operation „Bloodstone“ Nutzung von Emigranten in UdSSR und Ostblock 1948 bis 1950 |
| 18. August 1948 | Nr.20/1 | „Ziele der USA in Bezug auf Russland“ |
| 23. November 1948 | Nr.20/4 | Modifikation |
| 30. September 1948 | Nr.30 | Atomwaffenpolitik: „... muß bereit sein, schnell und effektiv alle verfügbaren geeigneten Mittel, einschließlich Atomwaffen, einzusetzen im Interesse der nationalen Sicherheit.“ |
| 14. September 1949 | Nr.58 | „Politik der USA gegenüber den sowjetischen Satellitenstaaten in Osteuropa“ |
| 14. April 1950 | Nr.68 | Politische Studie über die weltweiten Schwierigkeiten, mit denen die USA im Frühjahr 1950 |
| Februar 1951 | Nr. 104 | „Export Control Policy Toward the Soviet Union and Its Eastern European Satellites“ Grundlagen des Wirtschaftsembargos |
| | 143 Serie | Politik gegenüber Osteuropa |
| 29. Juni 1953 | Nr.158 | „U.S. - Ziele und Aktionen zur Ausnutzung von Unruhen in den Satelliten-Staaten“ (u.a. Schlussfolgerungen aus dem 17. Juni 1953) |
| September 1953 | Nr. 162/2 | Schlussfolgerungen aus der Operation „Solarium“ |
| März 1954 | Nr. 5412 | Schlussfolgerungen aus der Operation „Solarium“ |
| Februar 1955 | Nr. 5505/1 | „Ausnutzung von Schwachstellen der Sowjetunion und der europäischen Satelliten“ „Exploitation of Soviet and European Satellite Vulnerabilities“ |
| 14. Dezember 1955 | | Bericht über die Ergebnisse von Nr.5505/1 |
| 18. Juli 1956 | Nr.5608/1 | „U.S.-Politik gegenüber den sowjetischen Satelliten in Osteuropa“ |